

# Landwirtschaft

## *Antrag L 1*

### *Parteivorstand*

## ***Mehr Lebensqualität durch eine nachhaltige Landwirtschaft – gesunde Nahrung, Schutz der Natur, lebenswerte Regionen***

- I. Mehr Lebensqualität durch eine Neuordnung der Landwirtschaft***
- II. Leitbild Nachhaltigkeit***
- III. Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern***
- IV. Vorrang für den vorsorgenden Verbraucherschutz:  
Sicherheit in der Lebensmittelkette***
- V. Dem Tierschutz einen höheren Stellenwert geben***
- VI. Den ökologischen Landbau in Produktion und Vermarktung stärken***
- VII. Mit der Grünen Gentechnik verantwortungsvoll umgehen***
- VIII. Forschung, Lehre, Beratung***

### ***I. Mehr Lebensqualität durch eine Neuordnung der Landwirtschaft***

Wir verfolgen das Ziel einer umweltgerechten und verbraucherfreundlichen Landwirtschaft. Diese Neuausrichtung ist ein wichti-

ger Beitrag zu mehr Lebensqualität und zur Stärkung der ländlichen Regionen. Wir wollen diese große Gemeinschaftsanstrengung in den nächsten 10 Jahren bewältigen. Unsere Ziele sind:

- Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen darauf vertrauen können, nur gesunde, schmackhafte und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zu bekommen.
- Die Landwirte sind nicht nur Produzenten von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Sie haben auch eine zentrale Aufgabe bei der Gestaltung des ländlichen Raumes.

Sie sollen aus dieser Funktion angemessene Einkommen erzielen.

- Wir bewahren und schützen die gewachsene Kulturlandschaft, denn in der Bundesrepublik werden knapp 50 Prozent der Fläche landwirtschaftlich genutzt.
- Nachkommende Generationen haben das Recht auf eine lebenswerte Umwelt. Eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft ist ein wichtiger Beitrag zur biologischen Vielfalt, zum Schutz der Böden, der Gewässer und des Klimas.
- Tiere müssen artgerecht gehalten werden. Ihnen darf kein unnötiges Leid zugefügt werden.
- Mit der Neuausrichtung der Landwirtschaft tragen wir zu einer wirksamen Gesundheitsvorsorge bei, denn gute Nahrungsmittel sind wichtig für das eigene Wohlbefinden und die Leistungskraft.

Diese Ziele haben eine hohe Bedeutung für mehr Wirtschafts- und Lebensqualität in unserem Land. Wie wichtig dieses grundsätzliche Umdenken in der Agrarpolitik ist, hat zuletzt die BSE-Krise gezeigt. Aber wir handeln nicht nur, weil es Lebensmittel-skandale gegeben hat. Vielmehr wollen wir

grundsätzlich die Interessen der Verbraucher stärken, den Landwirten eine Zukunftsperspektive geben und den nationalen und europäischen Reformstau in der Agrarpolitik abbauen. Die notwendigen Reformen sind in den letzten Jahren unter der Regierung Kohl verhindert worden.

Die europäische Landwirtschaftspolitik muss nach 3 Jahrzehnten an die veränderten Bedingungen und die veränderten Verbraucherbedürfnisse angepasst werden. Dazu gehört auch die Herausforderung der EU-Osterweiterung, die eine Neuordnung umso zwingender macht. Deshalb wollen wir den Einsatz von Steuermitteln für eine nachhaltige Landwirtschaft neu ordnen.

Der Amsterdamer Vertrag eröffnet die Chancen für ein derartiges Umsteuern. Gute Möglichkeiten bestehen dazu auch im Rahmen der für den Frühsommer 2002 angestrebten Zwischenbilanz der Agenda 2000, auf die sich die Staats- und Regierungschefs im März 1999 in Berlin verständigt haben.

In der nationalen Landwirtschaftspolitik haben wir mit der Neuorientierung begonnen. „Von der Ladentheke her zu denken“ heißt, das Bündnis zwischen Landwirten und Verbrauchern für gesunde Lebensmittel ins Zentrum zu stellen. Deshalb geht es nicht nur um Reformen in der Agrarpolitik, sondern auch um eine Stärkung der Verbraucherrechte. Dabei knüpfen wir an unsere Vorschläge der letzten Jahre an, zu einem modernen Verbraucherschutz zu kommen.

Das verlangt von allen Beteiligten die Bereitschaft, diesen Reformweg mitzugehen. Wir brauchen die Bauern. Es liegt auch in ihrem Interesse, Vertrauen zurückzugewinnen. Die naturverträgliche Landwirtschaft ist ein wichtiger Beitrag für ihre Zukunftssicherung. Wir brauchen die Verbraucher. Sie müssen durch ihr Kaufverhalten klar machen, dass sie gesunde und qualitativ höherwertige Lebensmittel wollen. Wir brauchen den Handel. Nur von ihm kann die Vielfalt des Angebots garantiert werden.

## **II. Leitbild Nachhaltigkeit**

Unser Leitbild für die Neuorientierung ist eine nachhaltige Landwirtschaft. Nachhaltig ist die Produktion der Nahrungsmittel

nur dann, wenn sie über Generationen hinweg umwelt- und sozialverträglich ausgerichtet wird. Das erfordert die ganzheitliche Betrachtung, die nicht nur ökonomische und ökologische Interessen sieht, sondern auch soziale und kulturelle Ziele einbezieht. Im Zentrum dieser Nachhaltigkeitsstrategie stehen Mensch, Gesundheit und Natur. Das heißt: gesunde Lebensmittel, gesicherte bäuerliche Existenzen, belebte ländliche Regionen und ein pfleglicher Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Die stärkere Rückbesinnung auf eine regionalisierte und vielfältige Landwirtschaft ist eine wichtige Voraussetzung, diese Ziele zu verwirklichen.

Die nachhaltige Landwirtschaft arbeitet umwelt- und gesundheitsgerecht in weitgehend geschlossenen Kreisläufen, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und Tiere artgerecht zu halten. Diese Art der Bewirtschaftung dient auch dem Schutz und der Wiederherstellung einer abwechslungsreichen, vielfältigen und artenreichen Landschaft in lebenswerten ländlichen Regionen. Wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Mehr Transparenz, höhere Rechtssicherheit und die Ausrichtung auf natur- und gesundheitsgerechte Nahrungsmittel aus der Region dienen diesem Ziel.

Unsere Strategie für den Umbau zur Nachhaltigkeit beruht von daher auf fünf Säulen:

- Wir wollen die multifunktionelle Landwirtschaft stärken.
- Wir wollen eine flächendeckende, umweltschonende Landwirtschaft, um Schadstoffe und Emissionen deutlich zu verringern und den Artenreichtum unserer Kulturlandschaft zu erhalten.
- Wir wollen den Anteil des ökologischen Landbaus durch gezielte Verbesserung der Vermarktungsstrukturen stetig erweitern.
- Wir wollen den regionalen Zusammenhang in der gesamten Kette von der Nahrungsmittelproduktion über den Vertrieb bis zum Verkauf stärken.
- Wir wollen eine artgerechte Tierhaltung und tierschutzgerechte Haltungs- und Transportbedingungen durchsetzen.

### **III. Wertschöpfung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern**

Land- und Forstwirtschaft leisten einen wichtigen Beitrag für die Wirtschaftskraft ländlich geprägter Räume in unserem Lande. Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen sind in Deutschland mehr als 4 Millionen Personen im weitesten Sinne im Agrarsektor beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von ca. 11 % aller Erwerbstätigen.

Wir wollen die Leistungs- und Wettbewerbskraft dieser Wirtschaftsbereiche stärken und damit dauerhaft Wertschöpfung und Arbeit im ländlichen Raum erhalten. Dazu beitragen sollen vor allem eine konsequente Qualitäts- und Herkunftssicherung, die wir mit allen Beteiligten der Lebensmittelkette vom landwirtschaftlichen Betrieb bis zur Ladentheke organisieren wollen. Zukünftig müssen die von landwirtschaftlichen Betrieben erzeugten Produkte vermehrt regional verarbeitet und vermarktet werden. Dies schafft Arbeitsplätze in der Region, schützt Tiere vor langen Transporten und macht Verbraucherinnen und Verbrauchern bewusst, dass mit dem Kauf von Lebensmitteln zugleich ein Beitrag zur Erhaltung von Natur und Landschaft in der Region geleistet wird. Damit kann ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, um dem zunehmenden Verlust an Wirtschaftskraft, von Arbeitsplätzen und der Abwanderung junger Menschen in schwach strukturierten Regionen entgegenzuwirken.

Wir wollen die multifunktionelle Rolle der Landwirtschaft deutlich stärken. Leistungen für die Allgemeinheit wie Erhalt von Natur, von Kulturlandschaften, wie Gewässer-, Boden- und Klimaschutz müssen angemessen bezahlt werden. Dies rechtfertigt auch langfristig die gezielte Verwendung von öffentlichen Mitteln zur Förderung der Landwirtschaft und zur Sicherung der landwirtschaftlichen Einkommen.

Bei der Entwicklung nachhaltiger Landnutzungsstrategien im forstlichen Bereich stehen für uns die Waldmehrung in einzelnen Regionen und insgesamt die naturnahe Forstwirtschaft an erster Stelle. Neue Wäl-

der sollen – neben den ökologischen Wirkungen – auch als energetische und stoffliche Nutzungspotentiale künftiger Generationen dienen.

In den vielfach strukturschwachen Küstenregionen hat die Fischwirtschaft einen hohen Stellenwert. Die stärkere Hinwendung zur Aquakultur im marinen Bereich unter strenger Berücksichtigung ökologischer und wasserrechtlicher Belange gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Angesichts des stürmischen Strukturwandels in der Landwirtschaft wird der ländliche Raum als Kulturlandschaft seine landwirtschaftliche Ausprägung nur erhalten, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft und unterstützt werden, Landwirten außerhalb der Nahrungsmittelproduktion Einkommensquellen zu erschließen. Hierzu gehören:

- Die Förderung der Nutzung und Vermarktung erneuerbarer Energien durch die Landwirtschaft, besonders auch durch Biomassennutzung. Die Errichtung der Anlagen zur Nutzung von Biomasse soll im Außenbereich ähnlich privilegiert werden, wie die Errichtung von Windkraftanlagen.
- Die Förderung des sanften Tourismus, der Bauerngastronomie und der Direktvermarktung vom Hof (Bauernläden) sowie der Regionalvermarktung.
- Die Erleichterung der Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude für Zwecke des Wohnens, des Beherbergungsgewerbes und der Gastronomie, des Weiterbildungswesens, der Einrichtung von Heimen, des Gewerbes, soweit keine unzumutbaren Emissionen von der neuen Nutzung ausgehen. Die Genehmigungsfähigkeit der Umnutzung soll unabhängig von dem Privileg der Landwirtschaft gelten.

Die Gesellschaft ist zunehmend auf die Dienstleistungen der Landwirte im Naturschutz und in der Landschaftspflege angewiesen und muss diese auch angemessen entgelten.

Mit der bevorstehenden Osterweiterung der Europäischen Union und in Folge künftiger internationaler Handelsvereinbarungen im

Rahmen der Welthandelsorganisation wird es zu einer weiteren Liberalisierung auch des Agrarhandels kommen. Wir sehen die Zunahme des Wettbewerbs als eine Chance. Wir brauchen aber Regeln für einen fairen Handel durch einheitliche Standards für den Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz. Soweit dies kurzfristig nicht zu erreichen ist, wollen wir unseren Verbraucherinnen und Verbrauchern die Chance geben, höhere Standards durch ihr Einkaufsverhalten „Aus der Region für die Region“ zu verwirklichen.

In der EU stand in der Vergangenheit die Marktordnungspolitik mit Preisstützung, Mengenregulierung und produktbezogener Förderung im Vordergrund. Für diese 1. Säule der Agrarpolitik werden bisher 90 % aller Agrarausgaben des EU-Haushalts eingesetzt. So schnell wie möglich müssen deshalb die von der EU gewährten Direktzahlungen in der Landwirtschaft vom Produkt entkoppelt werden; ein erster Schritt wäre die Umwandlung der Tierprämien zu einer Grünlandprämie.

Wir wollen den Anteil der Ausgaben für die 2. Säule der Agrarpolitik deutlich erhöhen und Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung und der Umwelt mit nationaler Kofinanzierung zu einem neuen Schwerpunkt europäischer Agrarpolitik machen.

Mit der Umsteuerung muss so schnell wie möglich begonnen werden. Wir werden daher in Deutschland ab 2003 von der Möglichkeit Gebrauch machen, in begrenztem Umfang produktbezogene Ausgleichszahlungen zurückzuführen und diese Mittel für Programme der ländlichen Entwicklung bereitzustellen (Modulation).

Diese Politik muss von Bund und Ländern gemeinsam getragen werden. Sie ist ein Signal für unseren Willen, die EU-Agrarpolitik grundlegend zu reformieren und eine neue nationale Nachhaltigkeitspolitik auf den Weg zu bringen.

#### **IV. Vorrang für den vorsorgenden Verbraucherschutz: Sicherheit in der Lebensmittelkette**

In der BSE-Krise sind Schwachstellen in der gesamten Lebensmittelkette einschließ-

lich der Kontrollen sichtbar geworden. Wir wollen die Vertrauenskrise gegenüber den Produkten der Land- und Ernährungswirtschaft überwinden. Dazu werden wir alle Partner der Lebensmittelkette beteiligen und einbinden. Auch der Handel muss als wichtigster Träger der Vermarktung einen wachsenden Anteil ökologischer, natur- und artgerechter Produkte anbieten.

Wir machen die Lebensmittelsicherheit zu einem Schwerpunkt unserer Verbraucher- und Ernährungspolitik. Dazu werden wir in der EU und national auf der Basis des Weißbuchs der EU-Kommission zur Lebensmittelsicherheit darauf hinwirken, dass die gesetzlichen Vorschriften an die wissenschaftlichen Erkenntnisse angepasst und soweit erforderlich verschärft werden.

Wir treten ein für einen „Großen Konsens für mehr Lebensmittelqualität und -sicherheit“, der unter Federführung der Bundesregierung, gemeinsam mit Landwirtschaft, lebensmittelverarbeitendem Gewerbe, Handel und Verbrauchern, Maßstäbe und Standards für gesunde, sichere und bezahlbare Lebensmittel setzt und auch durchsetzt. Besonders der hochkonzentrierte Lebensmittelhandel muss in den Konsens eingebunden werden, damit nicht weiterhin das Preisdumping der Einkäufer zum Qualitätsdumping bei der Erzeugung und Verarbeitung umgemünzt wird. Sollten nicht bald freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft, die gegebenenfalls vom Gesetzgeber abgesichert werden, zustande kommen, muss über einen gesetzlichen Ausgleich der Kosten, die durch Qualitätssicherung hervorgerufen werden, nachgedacht werden. Abgaben auf bestimmte Lebensmittel, z.B. Fleisch, sind dann geeignete Instrumente, wenn die Wirtschaft nicht die Kraft zu freiwilligen Selbstverpflichtungen aufbringt.

Wir stehen zur Einführung von Qualitätssiegeln für Lebensmittel. Dabei soll das Siegel für Bioprodukte dynamisch auch die Qualitätsbandbreite konventionell erzeugter Lebensmittel positiv beeinflussen. Das Siegel für konventionell erzeugte Lebensmittel soll jedenfalls mehr umfassen, als die Einhaltung schon gültiger gesetzlicher Standards.

Wir wollen beispielsweise eine offene Deklaration und eine Positivliste bei Futtermitteln nach dem Motto durchsetzen: Was in Futtermitteln drin ist, muss auch drauf stehen. Dazu werden wir das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz reformieren. Wir treten dafür ein, dass Antibiotika EU-weit als Zusatzstoffe für Futtermittel verschwinden und sind bereit, dies auch bei entsprechender Kennzeichnung einseitig national durchzusetzen.

Bundestag und Bundesrat haben im Dezember 2000 mit überwältigender Mehrheit ein umfassendes und unbefristetes Verfütterungsverbot von Tiermehl beschlossen. Wir wollen, dass dieses umfassende und unbefristete Verbot EU-weit eingeführt wird. Wir werden uns für eine Kennzeichnung von Fleisch als „frei von Tiermehl“ einsetzen, wenn eine Wiederzulassung in anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen sollte.

Wir wollen, dass Fleisch aus Drittländern, in denen die Verfütterung von Tiermehl zugelassen ist, entsprechend gekennzeichnet wird.

In Sachen Lebensmittelsicherheit sind Staat und Wirtschaft gleichermaßen gefordert.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass Bund und Länder in die Lage versetzt werden, die strengen Lebensmittelvorschriften zu kontrollieren. Dabei setzen wir verstärkt auf das Prinzip „Kontrolle der Kontrolle“ und messen den Eigenkontrollsystemen der Wirtschaft eine hohe Bedeutung bei.

Wir brauchen einen Lebensmittel-TÜV, mit dem eine lückenlose Rückverfolgbarkeit in der Lebensmittelkette vom Stall bis zur Ladentheke zertifiziert wird.

Lebensmittel sollten auf jeder Verarbeitungsstufe durch sogenannte „Qualitätstore“ laufen, die eine durchgehende Produktqualität und Transparenz garantieren.

Wir werden in der anstehenden EU-Agrarreform dafür eintreten, dass bisher in der Marktstützung verwendete Fördermittel in die 2. Säule der Agrarpolitik umgeschichtet und auch für die Lebensmittelsicherheit und -qualität verwendet werden. Wir wollen, dass die Ausgleichszahlungen an Landwirte mit deren Teilnahme an Qualitätssicherungssystemen verknüpft werden. Europäi-

sche Agrarpolitik der Zukunft muss Qualitätspolitik werden.

Wir wissen, dass unausgewogene, einseitige Ernährung Ursache vieler Zivilisationserkrankungen bildet, die unsere Gesellschaft auch finanziell hoch belasten. Wir wissen auch, dass gesunde Ernährung wesentlicher Baustein einer vorsorgenden Gesundheitspolitik ist. Deswegen muss neben der Sicherheit, dass unsere Nahrung keine gesundheitsgefährdenden Stoffe enthält, viel stärker das Ziel der gesunden und ausgewogenen Ernährung treten. Wir wollen Gesundheits- und Ernährungsberatung gemeinsam mit den Verbraucherzentralen und den Krankenkassen ausbauen, wir wollen mit Aufklärungskampagnen gezielt bereits an Kindertagesstätten und Schulen ansetzen.

#### ***V. Dem Tierschutz einen höheren Stellenwert geben***

Es bleibt dabei: Wir wollen dem Tierschutz Verfassungsrang geben und ihn im Grundgesetz verankern. Wir sind zuversichtlich, dafür spätestens in der kommenden Legislaturperiode eine Zwei-Drittel-Mehrheit zu bekommen.

Der Tierschutz muss auch im EG-Vertrag und in den EU-Politiken einen höheren Stellenwert erhalten.

Wir treten dafür ein, die Transportzeiten für Schlachttiere drastisch zu beschränken: 4 Stunden vom Stall bis zum Schlachthof sind genug. Wir wollen die Subventionen für Schlachtviehexporte endlich abschaffen, die Haltungsbedingungen für landwirtschaftliche Nutztiere durch strenge EU-weit geltende Vorschriften durchgreifend verbessern und die Flächenbindung in der Tierhaltung umsetzen.

Wir wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mehr Tierschutz wollen. Deutschland kann und muss hier eine Vorreiterrolle übernehmen, z. B. bei den Haltungsbedingungen für Legehennen. Die Haltung in engen Käfigen muss beendet werden.

Auch hier setzen wir auf umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Wir wollen, dass Käfigeier als solche gekennzeichnet und von Eiern aus tierschutzgerechten Haltungformen für die Verbraucher erkennbar unterschieden werden.

### **VI. Den ökologischen Landbau in Produktion und Vermarktung stärken**

Der ökologische Landbau hat in Deutschland eine lange Tradition. Er stellt eine besonders umweltverträgliche Form der Landwirtschaft dar und leistet einen wichtigen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung unserer ländlichen Räume.

Wir wollen den ökologischen Landbau in Produktion und Vermarktung stärker fördern und ihm eine Leitbildfunktion geben. Der Markt für Öko-Produkte wächst. Wir treten dafür ein, dass sich mehr Landwirte als bisher auf den Öko-Landbau umstellen, um die steigende Nachfrage aus heimischer Produktion bedienen zu können. Dabei sollen die Verbände des ökologischen Landbaus auch künftig mit ihren speziellen Qualitätsanforderungen eine weiterhin wichtige Rolle spielen.

Wir wollen auch beim Öko-Landbau vergleichbare Wettbewerbsbedingungen in der EU. Deshalb muss die seit 10 Jahren gültige Öko-Verordnung dringend angepasst werden. Von ganz besonderer Bedeutung sind dabei, dass der gesamte Betrieb auf den ökologischen Landbau umgestellt werden muss und dass Gentechnikfreiheit garantiert wird. Wir wollen eine deutliche Steigerung des Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe erreichen; letztlich werden aber die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber entscheiden, welchen Anteil der ökologische Landbau an der Gesamtproduktion in Deutschland einnehmen wird. Von herausragender Bedeutung wird dabei sein, dass Öko-Produkte umfassend auch in Supermärkten zu angemessenen Preisen angeboten werden. Für Sozialdemokraten ist es unverzichtbar, dass gesunde Lebensmittel für alle zu bezahlbaren Preisen verfügbar sein müssen.

### **VII. Mit der Grünen Gentechnik verantwortlich umgehen**

Wir wollen, dass mit der Grünen Gentechnik verantwortlich umgegangen wird. Dies erfordert eine konsequente Anwendung des

Vorsorgeprinzips. Als problematisch sehen wir an: das Risiko von Allergien, die Gefahr des Überspringens von Genen von Kulturpflanzen auf verwandte Wildkräuter sowie das unbeabsichtigte „Züchten“ von resistenten Schadorganismen. Aus ökologischen und sozialen Gründen ist daher Vorsicht und langfristige wissenschaftliche Begleitung erforderlich.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bundesregierung in Abstimmung mit der Wirtschaft ein sorgfältig ausgearbeitetes Forschungs- und Begleitprogramm zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf den Weg bringt.

Produkte, die genetisch verändertes Material enthalten oder daraus hergestellt werden, müssen klar und eindeutig gekennzeichnet werden; die Rückverfolgbarkeit muss gesichert sein. Wir wollen größtmögliche Transparenz und volle Wahlfreiheit für die Verbraucher.

### **VIII. Forschung, Lehre, Beratung**

Forschung, Lehre und Beratung müssen die Neuausrichtung der Agrarpolitik unterstützen und sich zukünftig verstärkt den Fragen des Verbraucherschutzes zuwenden.

Wir wollen die wissenschaftlichen Kapazitäten des Bundes, die sich mit Lebensmittelqualität und -sicherheit befassen, bündeln und zu einem Beratungs- und Vorwarnsystem ausbauen, das Fehlentwicklungen vermeidet, und da, wo sie bereits eingetreten sind, sie erkennt und korrigiert.

Wir wollen die BSE-Forschung weiter vorantreiben und die Entwicklung von praktikablen Umweltindikatoren für den Praxis-einsatz fördern.

Wir wollen in Forschung, Lehre und Beratung Schwerpunkte legen. Dies betrifft zum einen die Umweltverträglichkeit landwirtschaftlicher Produktionsverfahren in der Tierhaltung und im Pflanzenbau. Zum anderen sind Lehre und Beratung der Landwirte auf die Ziele einer nachhaltigen Landwirtschaft zu fokussieren. Ein besonderes Gewicht sollte auf den ökologischen Landbau gelegt werden.

(Angenommen)



# **Parteitag der SPD in Nürnberg**

**19. bis 22. November 2001**

**Beschlüsse**



**SPD**